

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

12. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 23. März 2017

(16.02 Uhr bis 22.54 Uhr)

7. Gedenktag an die ersten Deportationen jüdischer Mitbürger aus Frankfurt in Konzentrationslager	61
Anregung des OBR 1 vom 17.01.2017, OA 112	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 24.02.2017, NR 266	
Stadtverordneter Sebastian Popp, GRÜNE:	61
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	63
Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, FDP:	65
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE:	65
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU:	68
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:	70
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	72
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	72
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:	73
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	74
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	75
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	75
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	75
Stadtverordneter Luigi Brillante, FRANKFURTER:	76
 8. Bekenntnis zur politischen Vielfalt der Frankfurter Kommunalpolitik	 76
Antrag der FRAKTION vom 08.02.2017, NR 250	
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:	76
Stadtverordneter Taylan Burcu, GRÜNE:	79
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	80
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	81
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	83
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:	84
 9. Die Grabstätte der Bornheimer Schultheißenfamilie Rühl ist ein Teil der Frankfurter Geschichte und erhaltenswert!	 85
Antrag der FRANKFURTER vom 27.09.2016, NR 116	
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER:	85
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU:	86
Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD:	86
 10. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zum Bau einer Flüchtlingsunterkunft auf dem ehemaligen Flugplatz Bonames/Kalbach	 87
Vortrag des Magistrats vom 03.02.2017, M 34	
<u>hierzu:</u> Antrag der AfD vom 15.03.2017, NR 287	

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stock, GRÜNE-Fraktion. Bitte schön!

Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:

Herr Vorsteher,
meine Damen und Herren!

Herr Mund, Sie haben es wieder einmal schön versucht, Ihre Ideologie unterzubringen und so zu tun, als seien Sie die größten Menschenfreunde und als ging es Ihnen um Demokratie und Freiheit. Aber ich glaube, in Ihrer Rede, wenn man ihr gefolgt ist, ich habe es getan, sind Sie mit dem Antrag gestartet, haben auch dort wieder geendet. Das ist schon einmal ganz gut. Aber zwischendrin kam dann noch einmal etwas ganz anderes. Sie haben alle möglichen Themen vermischt. Als Sie dann recht schnell neben allen anderen Unmöglichkeiten, die Sie da genannt haben, auf die Rede, die von Frauke Petry in der Villa Bonn geplant war, eingegangen sind, muss man schon feststellen, dass die Frankfurter Jüdinnen und Juden solche vermeintlichen Freunde nicht brauchen.

(Beifall, Zurufe)

Nein, Herr Mund, Sie haben Herrn Popp nicht zugehört, er hat noch einmal sehr genau darauf hingewiesen, auch Martin Kliehm hat es am Anfang seiner Rede getan und noch einmal darauf hingewiesen, wer denn Alterspräsident des Deutschen Bundestages werden könnte. Was das für ein Holocaust-Leugner ist, ein AfD-Mitglied, diese Vermischung an der Stelle, Frauke Petry und jetzt das Gedenken an die Deportation, ist einfach nur widerlich. Es ist vor allem widerlich, wenn wir einfach nur einmal ein paar Wochen zurückgehen. Worüber haben wir in dieser Republik debattiert? Auch über Erinnerungskultur. Aber auf eine ganz unappetitliche Art und Weise. Da ging es um das „Denkmal der Schande“ von Herrn Höcke. Die AfD, die Sie jetzt wieder hochleben lassen wollten, als Freiheitskämpfer darstellen lassen wollten, wollte eine 180-Grad-Wende der deutschen Erinnerungskultur. Das machen wir nicht mit, Herr Mund. Das durchschaut jede anständige

Demokratin und jeder anständige Demokrat dieses Hauses.

(Beifall)

Keine Frankfurter Jüdin und kein Frankfurter Jude braucht solche vermeintlichen Freunde wie Sie. Das muss an dieser Stelle noch einmal gesagt werden. Da die AfD hier immer einmal wieder gerne hereinkreischt, würde ich gerne wissen, was die AfD zu diesem Thema denkt. Gemeldet haben Sie sich nicht. Sie lehnen einfach einmal ab, das überrascht jetzt nicht. Das ist vielleicht ganz ehrlich. Man könnte noch einmal dazu reden und sagen, warum man das tut. Vielleicht sind wir dann wieder ganz nahe bei Herrn Höcke.

Schönen Abend und vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Guten Tag!

Nach den in unterschiedlicher Qualität sehr guten Reden, ich fand die Rede von Herrn Dr. Dürbeck sehr interessant, auch mit den Überlegungen, inwiefern die öffentliche Gedenkkultur in den Alltag überhaupt hineinwirkt, die Probleme sehe ich genauso, wie Sie sie sehen, fand ich aber auch die sehr sensiblen Reden von Sebastian Popp oder von der Linkspartei sehr gut. Umso schlimmer ist das, was hier von der BFF geliefert wird. Herr Mund, was Sie hier gemacht haben, ist, Sie haben eine antisemitische Rede gehalten, indem Sie den Antisemitismus als importierte Juden- und Israelfeindlichkeit qualifiziert haben. Damit bestreiten Sie, dass es einen Antisemitismus in Deutschland, von Rechts in Deutschland, von Deutschen gibt. Das ist genau diese Position der Islamfeindlichkeit, wo man dem Islam unterstellt, dass der Antisemitismus von ihm hier nach Deutschland gebracht wird. Das ist unglaublich.

lich gegenüber den gesamten Migranten mit muslimischem Hintergrund in Frankfurt. Es ist typisch, dass diese Position von Ihnen hier eingebracht wird und dann noch mit einer scheinbaren Anerkennung des Holocaust vermittelt wird. Es ist das eine, das man sagt, Israel muss kritisiert werden können, das andere ist, das muss man klar sagen, dass gegen Israel in antisemitischer Art und Weise vorgegangen wird. Von einem Flügel der AfD wird das ganz offen so auch vorgetragen. Zum Auftritt von Petry kann man nur eines sagen: Natürlich, Freiheit der Meinung und größtmögliche Freiheit von Rechts bis Links, aber sie hört da auf, wo die Freiheit anderer beschnitten wird. Faschismus gehört nicht zur Meinungsfreiheit. Faschismus ist ein Verbrechen an der Meinungsfreiheit.

(Beifall)

Das muss man hier ganz klar nennen. Insofern ist es völlig richtig, dass Frau Petry hier der Auftritt verweigert worden ist. Zu der Konferenz, zum BDS, haben wir ausnahmsweise eine ähnliche Position wie Herr Becker. Wir hätten es unerträglich gefunden, wenn eine Boykott-Kampagne - das ist in der FR völlig falsch dargestellt worden, dass es da nur um Warenboykott geht, es geht um Akademikerboykott, akademischen Austausch, es geht um kulturellen Austausch. Es geht um eine vollständige Isolierung des Staates Israel. Von keinem anderen Staat wird es in der Form gefordert. Es wird auf die Apartheid von Südafrika verwiesen. Das ist etwas ganz anderes, als das, was in Israel stattfindet. Man kann den Bau der Mauer in Israel kritisieren. Man kann die rechtslastige Politik der Regierung kritisieren. Man kann den Rassismus in Israel kritisieren, den es in jedem Land gibt, in jedem kapitalistischen Land, und eben auch dort. Aber all das ist eine Kritik unterhalb der Kritik, die das Existenzrecht von Israel infrage stellt. Genau das tut der BDS, wenn er sagt, die Zionisten, damit meint er 90 Prozent der jüdischen Mitbürger in Israel, die müssen da weg und dann machen wir einen gemeinsamen Staat unter der Führung und Leitung der Palästinenser. Das ist nichts anderes, als die alte Forderung der PLO, Juden ins Meer. In welcher Form das auch immer ausgesprochen wird, dem muss man entgegengetreten, das muss Teil des Gedenkens sein, dass wir diesen Staat, der auch ein Staat der Rettung vieler Juden war, welt-

weit gegenüber dem Antisemitismus verteidigen, dass es diesen Staat gibt, diese Garantie, die muss auch bei diesem Gedenken von Frankfurt ausgehen.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Sieglar:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Mund von der BFF-Fraktion. Bitte schön!

Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:

Ich muss jetzt doch noch einmal etwas zu Herrn Stock sagen. Es ist nicht umsonst so, dass es eine eigenständige BFF, Bürger Für Frankfurt, gibt, als Fraktion und auch als Wählerverein. Wir sind nicht die AfD. Wir haben unsere eigene selbstverfasste Meinung und die vertreten wir klar nach außen. Herr Zieran hat gesagt, ich würde es sozusagen so darstellen, als würde ich mit dem importierten Antisemitismus die anderen Implikationen verleugnen. Es ist natürlich nur eine Facette. Sie unterstellen mir jetzt, ich wollte ablenken, aber ich kann Ihnen sagen, dass ich bei der Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit in der Paulskirche war. Ich weiß nicht, wer von Ihnen ebenfalls dabei war. Der Landesrabbiner hat dieses Thema in seiner Rede offensiv angesprochen. Ich denke, wir wären gut beraten, wenn wir uns unter anderem auch mit diesem Thema auseinandersetzen.

(Beifall)

Wir sind nicht die AfD, das habe ich eben schon gesagt, aber ich möchte doch noch einmal etwas zu dem „Denkmal der Schande“ von Herrn Höcke sagen: Ich habe mir seine Rede zweimal angehört, und ich habe mir auch nachher das Pressestatement, das er dazu gegeben hat, angehört. Ich möchte Herrn Höcke in keinsten Weise verteidigen.

(Zurufe)

Nein. Die Rede, die er gehalten hat, hat er an einem falschen Ort, in einem falschen Kon-

7. Gedenktag an die ersten Deportationen jüdischer Mitbürger aus Frankfurt in Konzentrationslager	61
Anregung des OBR 1 vom 17.01.2017, OA 112	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 24.02.2017, NR 266	
Stadtverordneter Sebastian Popp, GRÜNE:.....	61
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	63
Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, FDP:	65
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:.....	65
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU:	68
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	70
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	72
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	72
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	73
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	74
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	75
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	75
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	75
Stadtverordneter Luigi Brillante, FRANKFURTER:	76
8. Bekenntnis zur politischen Vielfalt der Frankfurter Kommunalpolitik.....	76
Antrag der FRAKTION vom 08.02.2017, NR 250	
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	76
Stadtverordneter Taylan Burcu, GRÜNE:.....	79
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	80
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	81
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	83
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	84
9. Die Grabstätte der Bornheimer Schultheißenfamilie Rühl ist ein Teil der Frankfurter Geschichte und erhaltenswert!	85
Antrag der FRANKFURTER vom 27.09.2016, NR 116	
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER:	85
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU:	86
Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD:	86
10. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zum Bau einer Flüchtlingsunterkunft auf dem ehemaligen Flugplatz Bonames/Kalbach.....	87
Vortrag des Magistrats vom 03.02.2017, M 34	
<u>hierzu:</u> Antrag der AfD vom 15.03.2017, NR 287	

einschließlich der Fraktionsvorsitzenden, dass wir unentwegt - abgesehen von Manuel Stock, der bekommt immer alles durch, habe ich gehört - Dinge beschließen, die wir so nicht für richtig halten, sondern deshalb so beschließen, weil es funktionieren muss, weil man sich einigen muss und das gilt eben auch für jede Wählerin und für jeden Wähler. Deswegen ist es gut, wenn sich nur eine überschaubare Zahl von Parteien zur Wahl stellt. Den politikverdrossenen Wählerinnen und Wählern muss man erklären, dass es keine Partei gibt, die exakt das umsetzen will, was sie persönlich für richtig halten, man sollte die Partei wählen, die am ehesten dem nahekommt, was man für richtig hält.

So gibt es großen Sinn, nicht so weit zu gehen wie die Engländer das mit einem Mehrheitswahlrecht machen, bei dem es nur zwei Parteien gibt. Ein guter Kompromiss ist der, den wir nach 1945 gefunden haben, ein Verhältniswahlrecht mit einer Sperrklausel. Damit haben wir in Deutschland gute Erfahrung gemacht, letztlich auch in den meisten Bundesländern im kommunalen Bereich. Noch einmal, die Erfahrungen, die wir seit 1999 hier gemacht haben, sind nicht wirklich überzeugend.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Dass wir dem Antrag zustimmen, ist bekannt. Der Begründung stimmen wir nicht zu, weil wir sie viel zu defensiv halten. Es kann keine Begründung für irgendwelche Sperrklauseln auf irgendeiner Ebene eines parlamentarischen Systems geben. So sind die GRÜNEN 1980 angetreten, weil 100 Prozent des Bundestages für den Ausbau der Atomkraftwerke waren. Alle Gegner, die damals eigentlich in der Bevölkerung schon sehr stark waren, waren ausgeschlossen. Das war einer der

Gründe. Der andere Grund war, dass Demokratie an der Basis anfängt. Insofern ist die Begründung der GRÜNEN armselig, zu sagen, sie sind in der Koalition, da können sie keine Meinung bilden. In der Koalition kann man sich selbstverständlich auch eine eigene Meinung bilden und die auch zum Ausdruck bringen.

(Zurufe)

Hier geht es doch nicht um etwas, was die Koalition gefährdet, um den inneren Kern, warum man Sperrklauseln einführt. Es geht um den Zugriff auf Ressourcen, es geht um Macht und es geht auch um Einflussnahme auf Kapitalentscheidungen, auf Sperrplanung und so weiter und da werden gerne einmal kritische Teile der Bevölkerung ausgeschlossen.

In den USA haben wir ein anderes Modell, da haben wir das Modell der Mehrheitswahlen, das ist genauso undemokratisch, aber es gibt auf der Basisebene hochinteressante Modelle. In Burlington zum Beispiel - Burlington ist eine linke Stadt, dort lebte der bekannte Sozialanarchist Murray Bookchin - entscheidet die Kommune in einem Plenum. Jährlich findet ein Plenum statt - das können sich einige vielleicht überhaupt nicht vorstellen -, wo alle Menschen einer Kommune die Möglichkeit haben mitzuzentscheiden. Das ist der Traum, dass alle wieder beteiligt werden und nicht nur einige, gefiltert über Parteien und über andere Sachen. Das nur zu einer anderen Möglichkeit, die es gibt.

Dann noch zu dem Argument, das immer kommt, Funktionsfähigkeit. Ich kann es nicht mehr hören. Diese Funktionsfähigkeit, was soll das denn sein? Hier geht es um Interessen. Nehmen wir das Beispiel Niederlande. Die Niederlande haben keine Sperrklausel und viele Parteien. Trotzdem schaffen sie es, Entscheidungen zu treffen. Es ist schon interessant, dass sich so etwas in manchen Situationen dann auch gegen den Rechtspopulismus wenden kann, dass die Wähler auch einmal anderen Alternativen ihre Stimme geben können. Ganz klar, keine Sperrklausel, völlige Offenheit im Parlament. Ein Parlament muss sich zusammenraufen, die Leute, die da sind, bilden eine Regierung und dann entscheidet die Regierung derjenigen, die sich da zusammengerauft haben. Alles andere

heißt nur, dass man selbst auch an die Futtermühle und andere heraushalten will. Es ist schon eigenartig, dass die GRÜNEN über Jahrzehnte die Position eingenommen haben, keine Sperrklausel zu wollen, und heute, wo sie in der Regierung sind, das in dieser Form hier abstimmungsmäßig mittragen. Da nützt es auch nichts, diese Erklärung abzugeben.

In einem Punkt aber sind wir völlig einer Meinung. Alle Menschen, die in Frankfurt leben, egal, woher sie kommen, müssten das Wahlrecht haben. Kommunalwahlrecht für alle Bewohner und Bewohnerinnen in Frankfurt, das ist ein wesentlicher Punkt für die Demokratie.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die letzte vorliegende Wortmeldung kommt von Herrn Wehnemann von der FRAKTION. Die Restredezeit Ihrer Fraktion, und damit auch Ihre eigene, beträgt fünf Minuten und zehn Sekunden. Bitte!

**Stadtverordneter Nico Wehnemann,
FRAKTION:**

Vielen Dank noch einmal! Ich mache es kurz. Ich kann doch wohl von Ihnen in der Dreierkoalition erwarten, dass Sie sich zusammenraufen und eine gemeinsame Meinung bilden. Alles ist besser, als eine alleinige Partei, die hier das Sagen hat. So müssen Sie wenigstens mit drei Meinungen klarkommen. Es würde auch nicht schaden, wenn Sie mit fünf oder sechs Meinungen klarkommen müssten. Sie würden trotzdem hier vernünftige Arbeit leisten können. Sie müssen es nur einmal ausprobieren. Das ist nämlich das Problem, und es wurde auch schon gesagt, hier wird einfach Bestandsschutz gefordert und rechtlich durchgesetzt. Das ist Bockmist und natürlich werden wir vor dem Verfassungsgericht in NRW gewinnen und wir werden auch jede Rechtsstreitigkeit hier in Hessen gewinnen, denn wir haben schon einmal vor dem Bundesverfassungsgericht gewonnen, da

ging es um die EU-Wahl und die Sperrklausel und dort hat unser Anwalt den schönen Satz geprägt, jede Partei muss das Recht haben, sich vor dem Wähler zu blamieren. Die Richter haben uns recht gegeben, und zu Recht sitzt da jetzt Martin Sonneborn und deckt mit irgendeiner Kamera - das Einzige, was er machen kann, Redezeit hat er nicht - auf, was dort in Brüssel eigentlich so passiert. Es ist erschreckend und wir freuen uns alle, dass er da ist.

Ansonsten kann ich nur noch sagen, dass auch wir zu dritt in einer Fraktion sitzen und uns auch zusammenraufen müssen. Wir haben auch unterschiedliche Ansichten und trotzdem bekommen wir es hin, gemeinsam einen Antrag zu formulieren, diesen Antrag hier zu verteidigen und gemeinsam abzustimmen. Um den GRÜNEN ein bisschen zu helfen, ihr Gesicht wenigstens noch halbwegs zu wahren, beantrage ich die namentliche Abstimmung.

Vielen Dank!

(Beifall, Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Das hat er gesagt, dazu müsste er aber auch bis fünf zählen können. Wer in die Geschäftsordnung schaut, stellt fest, dass es für eine namentliche Abstimmung des Antrages von fünf Stadtverordneten bedarf. Ich sehe keine fundamentale Unterstützung, dann bleibt es bei drei. Damit ist die Sperrklausel nicht erreicht.

(Zurufe)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, ich schließe die Aussprache. Ich lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung zu dem Tagesordnungspunkt 8. abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist. Wer dem Ausschussbericht zustimmt, sodass für jeden die Stimmabgabe der jeweiligen Fraktion im Ausschuss und für die fraktionslosen Stadtverordneten deren schriftlich vorliegendes Votum gilt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Wer stimmt dagegen? (Geschieht) Niemand. Wer enthält sich?